



SITZUNGSVORLAGE T 2004/500/0323

<u>Fachbereich/Aktenzeichen</u>	<u>Datum</u>	<u>öffentlich</u>
Fachdienst Soziales, Familien und Senioren	12.07.2004	

Norbert Pninkerneil

<u>Beratungsfolge</u>	<u>Termin</u>
Haupt- und Finanzausschuss	12.07.2004
Rat	12.07.2004

Ergänzung zu: Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Hartz IV

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde gibt die folgende Erklärung ab:

Die Stadt Oelde erklärt sich bereit, die dem Kreis Warendorf obliegenden Aufgaben nach dem SGB II (Gewährung von Leistungen der Unterkunft und Heizung sowie für Erstausrüstung für die Wohnung und Erstausrüstung für Bekleidung, ebenso Leistungen für mehrtätige Klassenfahrten) zu übernehmen.

Das aktuelle Kommunale Optionsgesetz sieht vor, dass, solange keine Arbeitsgemeinschaft gegründet ist, die zuständigen Leistungsträger (die Agentur für Arbeit und der Landkreis), für eine Übergangszeit von drei bis neun Monaten sämtliche Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts gem. §§ 19 ff SGB II, jeweils für ihre bisherigen Leistungsempfänger, bewilligen.

Die Stadt Oelde erklärt sich ebenfalls bereit, die Aufgaben nach dem Kommunalen Optionsgesetz zu übernehmen.

Entsprechend der Gemeinsamen Erklärung der Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf vom 23.06.2004 und im Interesse der betroffenen Menschen wird die Stadt Oelde gem. § 18 SGB II eng mit der Agentur für Arbeit und dem Kreis Warendorf zusammenarbeiten.

Der Rat der Stadt Oelde empfiehlt den Leistungsträgern des SGB II, eine Arbeitsgemeinschaft nach § 44 b SGB II zu bilden, um die **kommunale Beschäftigungsförderung** zu erhalten.

Dieser Beschluss wird unter dem Vorbehalt auskömmlicher finanzieller Regelungen für die kreisangehörigen Gemeinden gefasst.

Sachverhalt:

Der Ausschuss Familien und Soziales hat in der Sitzung am 05.07.2004 keine Empfehlung ausgesprochen. Die Verwaltung musste noch Informationen zum aktuellen Kommunalen Optionsgesetz einholen. Darüber wird mündlich berichtet.